

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Juni (2) 2008

Die unabhängige Kleinzeitung
3. Jahrgang • 43. Ausgabe
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

Eine Initiative stellt sich vor:

Stiftung Deutsche Volksgewerkschaft (iG)

Von Hans-D. Ziran

1. Vorsitzender I.B.E. AmSeL e.V.
(Initiativ- und Gründungsmitglied VG)

Das Wichtigste gleich zu Beginn: Die Stiftung Deutsche Volksgewerkschaft i. G. ist keine Vereinigung, die man mit her-

Hierzu noch ein wichtiger Hinweis: die Volksgewerkschaft möchte ihren Namen zum Programm machen ... das bedeutet einerseits, dass es keine „führenden und alleinverantwortlich handelnden Köpfe“ und auch keine Hierarchien geben wird. Jede/r demokra-

mehr herzlich eingeladen, aktiv mitzuwirken und unser Land nach dem sprichwörtlichen Volkswillen neu zu gestalten.

Wichtigste Voraussetzungen hierfür sind die Herstellung von völkerrechtlich verbindlichen Tatsachen: neue Verfassung, durch das Volk in freier Abstimmung beschlossen – Friedensvertrag nach dem Völkerrecht – und Verhinderung des EU-Reformvertrags.

Hierbei sollte zweierlei klar sein: 1.) ein über diese völkerrechtlichen Notwendigkeiten hinaus gehendes und bis ins Leben aller Bürger/innen hinein reichendes Bestreben darf nicht von „Kompetenzstreitigkeiten“, geltungssüchtigen „Eifersüchteleien“ oder anderen kontraproduktiven Verhaltensweisen blockiert werden. 2.) Gelingt uns das **endlich**, wird auch die Art von Solidarität nicht mehr nur Wunschdenken sein, vor welcher sich die „Eliten“ und ihre willfährigen Steigbügelhalter seit Menschheitsgedenken immer gefürchtet haben! Mit anderen Worten: dann beginnen wir endlich ein souveränes und geeintes Volk zu werden!



**Bürger wehrt Euch
gegen diese Politik!**

Danke, Irland!

kömmlichen Gewerkschaften vergleichen kann und darf. Es handelt sich vielmehr um einen politisch neutralen Zusammenschluss von unterschiedlichsten Gruppen, Vereinen, Initiativen und Individuen, die von einem vorrangigen Ziel vereint werden: einer **Reform** unseres Staats- und Gesellschaftswesens, welche diese Umschreibung auch wirklich verdient und die über zweieinhalb Jahrzehnte betriebene, skrupellose Umverteilungspolitik nach neoliberalen Strickmuster überwinden helfen soll.

tisch, sozial, freiheitlich und dem Frieden und der Gerechtigkeit verpflichtet denkende Bürger/in ist andererseits viel-

<http://www.stiftung-deutsche-volksgewerkschaft.de>

E-Mail: volksgewerkschaft@gmx.de

<http://www.mensch-trau-dich.de>

E-Mail: info@mensch-trau-dich.de

<http://www.amsel.webstar-media.com>

E-Mail: kontakt@amsel-ibe.de

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

Wie Deutschland mit seiner Sicherheitspolitik den Terrorismus fördert

Von Michael Stade

Eine der Ursache für Terrorismus ist Ignoranz. Menschen lassen sich dann für Terrorismus motivieren, wenn sie keinen anderen Weg mehr sehen, öffentliche Aufmerksamkeit zu erheischen, wenn es etablierten Mächten gelingt, sie mundtot zu machen. Unter Bedrohung ist die Gefahr zu verstehen, dass die Menschengruppe, mit denen sich der Terrorist identifiziert, tief in ihren Rechten verletzt wird.

Kennzeichnend ist, dass Terroristen überzeugt sind, für eine gerechte Sache



zu kämpfen und dass dies der einzige Weg sei, auf dem etwas erreicht werden kann.

Die Bekämpfung von Terrorismus mit polizeilichen und militärischen Mitteln ist gerechtfertigt. Sie bekämpfen aber nur die Symptome und können die Ursachen nicht erreichen. Je tiefer die Ursachen liegen, um so mehr führt die Bekämpfung der Symptome nur zur Eskalation und erreicht das Gegenteil.

Die Ursachen sind nur zu beseitigen, indem man den unterdrückten Stimmen Gehör in der Gesellschaft verschafft, indem man eine öffentliche Diskussion über die Anliegen der unterdrückten Überzeugungen ehrlich zulässt. Nur in dieser offenen Diskussion können mehrheitsfähige Wege gefunden werden, die eine angemessene Berücksichtigung der Interessen aller Menschengruppen gewährleistet. Das gilt in nationalem wie auch in internationalem Rahmen.

Am wirksamsten ist der Terrorismus im Vorfeld zu bekämpfen, bevor er überhaupt stattgefunden hat. Denn werden die Ursachen erst dann in der Öffentlichkeit angegangen, wenn schon Terroranschläge stattgefunden haben, dann wird die Ingangsetzung der Diskussion von den Terroristen als Erfolg ihrer Terroranschläge gewertet, sie fühlen sich also in ihren Verbrechen bestätigt.

Terroristen stellen die Gesellschaft vor eine Zwickmühle. Beschränkt sich die Gesellschaft auf den gewaltsamen Kampf, dann kann sie zwar das Gesicht wahren, aber das Problem nicht lösen. Oder die Gesellschaft wendet sich den Problemen zu, deren Ignoranz den Terrorismus hervorgebracht hat. Dann verliert sie teilweise ihr Gesicht, indem sie durch ihre Anerkennung der Probleme den Terrorismus scheinbar legitimiert. Aber nur auf diesem Wege ist sie in der Lage, das Problem wirksam und dauerhaft zu lösen.

Die Grenze zwischen rechtem bewaffneten Widerstandskampf und Terrorismus ist fließend. Ihre Definition hängt vom Standpunkt des Definierenden ab. Erweist sich eine Gesellschaft unfähig, die Probleme zu lösen, in welchen die Wurzeln des Terrorismus ihre Nahrung haben, dann kommt es zur Eskalation, dem Bürgerkrieg. Egal, wer diesen Krieg gewinnt, es wird eine auf Waffengewalt gestützte Macht sein. Dann hängt alles von den siegenden Machthabern ab, ob sie die menschliche Größe besitzen, ihre eigene Macht durch die Installation demokratischer Kontrolle beschränken zu lassen, oder ob sie zu Tyrannen werden.

Der deutsche Terrorismus der 68iger konnte deswegen besiegt werden, weil die verursachenden Probleme ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Er wäre vermeidbar gewesen, wenn der deutsche Staat und die Medien nicht vorher massiv versucht hätten, die APO-Bewegung zu diskreditieren und mundtot zu machen, sondern sich einer offenen Diskussion gestellt hätten.

Zurzeit bereitet sich Deutschland intensiv auf eine Terrorismuswelle vor, die

noch und zum Glück in Deutschland nicht wirklich angekommen ist. Aber die Sicherheitsorgane wissen um zunehmende Unterdrückung einer wachsenden Zahl von Menschen in unserem Land, die kaum Chancen haben, ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen (alles „Schläfer“!). Der Bogen spannt sich von Flüchtlingen, die durch die restriktive Asylpolitik in die Illegalität gedrängt werden und deren Sympathisanten über Hartz-IV-Empfänger bis hin zu Menschen in prekären Beschäftigungen (neue Armut).

Die Sicherheitsorgane haben in dieser Sache ein Eigeninteresse. Ihre Bedeutung im Staat wächst, je mehr sie gebraucht werden. Für sie ist das messbar in Arbeitsplatzsicherheit und Gehaltszulagen. Sie müssen der Verlockung widerstehen, die Probleme selbst anzuhetzen, für deren Lösung sie zuständig sind (siehe NPD-Verbot). Das stellt eine besondere Herausforderung an die parlamentarische Kontrolle dieser Dienste. Deswegen muss dieser Kontrolle eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden, und die Problematik muss der Öffentlichkeit bewusst gemacht werden.

Die Sicherheitsorgane und ihnen nahe stehende Politiker stehen in der Versuchung, den Fokus nur auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Terrorismus zu setzen, und dabei die Ursachen, den Drang nach öffentlicher Aufmerksamkeit für unterdrückte Menschengruppen, zu ignorieren. Eine solche Strategie fördert den Terrorismus, den sie zu bekämpfen vorgibt.

Wenn wir unser Land vor unkalkulierbaren schwersten Schäden und unnötigem Leid bewahren wollen, müssen wir uns jetzt dafür einsetzen, dass die Stimmen der Unterdrückten gehört werden, dass sie auf Augenhöhe ihren Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen können. Menschenrechtsverletzungen können nicht da-durch aus der Welt geschafft werden, dass man sie schönredet und vor der Öffentlichkeit verbirgt, sondern nur dadurch, indem man nachdrücklich auf sie aufmerksam macht und damit die Weichen stellt, dass sie künftig vermieden werden können.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Wie Deutschland mit ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Die Rolle, welche Organisationen spielen, die auf Missstände in unserem Land aufmerksam machen, angefangen bei Selbstorganisationen in Deutschland lebender Flüchtlinge wie „**TheVoice-Refugee-Forum**“ (<http://www.thevoiceforum.org> Juni) jetzt für einen Aktionstag (5. Juni) in

Saalfeld zur Schließung des Asyl-Barackenlagers Katzhütte mobilisieren, bis zu den Montagsdemonstrationen für soziale Gerechtigkeit, kann gar nicht hoch genug anerkannt werden. Menschenrechtsaktivisten stören nicht die öffentliche Ordnung, sondern retten sie vor dem Zusammenbruch! Diese Organisationen leisten für unser Gemeinwesen unerlässliche Dienste, damit Spannungen in der Gesellschaft abge-

baut werden können, bevor sie sich gewaltsam entladen.

Wer Aktivisten dieser Organisationen diffamiert und kriminalisiert, bedroht damit nicht nur die friedliche Zukunft unseres Landes, er demontiert damit auch unsere verfassungsmäßige Grundordnung, trägt aktiv zu Radikalisierung unserer Gesellschaft bei und macht sich an zukünftigem unnötigen Leid schuldig

DIE LINKE und die Tradition

Von F. Kaiser

Beim Parteitag in Cottbus wurde auch von Traditionen gesprochen und von der alten SPD. Beim Lesen der Rede Oskar Lafontaines wehte mich etwas vom Geist dieser Partei vor dem I. Weltkrieg an. Schmerzlich stießen mir Unterschiede auf.

Wie wurde diese alte SPD? Arbeitskämpfe der Arbeiterschaft beantwortete Reichskanzler Bismark mit Ausweisungen der „Rädelsführer“. Doch die Ausgewiesenen verbreiteten wie Samenkörner die Erkenntnis, dass man sich gegen Willkür wehren muss. Bismark verbot die Partei. Dennoch stieg die Zahl ihrer Reichstagsmandate. (Wie ging das? Das kaiserliche Deutschland kannte ein Personenwahlrecht. Nicht Parteien, sondern Kandidaten errangen die Sitze.) Und die Sitze der SPD stiegen kontinuierlich bis zum I. Weltkrieg an. Ihre Mitglieder und ihre Kandidaten, welche die SPD im Reichstag vertraten, kamen aus Arbeitskämpfen, aus „Massenbewegungen“, wie wir heute sagen würden. Und über allem stand August Bebels Aufruf: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

DIE LINKE heute? Sie strebt nach Regierungsbeteiligung in den Ländern – und muss dann Hartz IV durchsetzen, denn Bundesrecht steht über Landesrecht. Sie bekommt prompt die Quittung mit sinkender Stimmenzahl bei der nächsten Wahl in diesem Land. Wo kommen die Zugänge für DIE LINKE her? Es sind die Überläufer der SPD, der heutigen SPD. Die Losung August Bebels kennen sie nicht mehr, kennen Parteitaktik, politische Intrige und Machtgerangel. Die Ziele, die Sache – welche Sache?

Überläufer aus der heutigen SPD fühlen sich als Teil des Systems. Sie sind unzufrieden mit der SPD, welche die Sache der Arbeitnehmer konstant vertritt. Doch sie fühlen sich als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ – es gibt ja keine Alternative mehr seit 1989. Wirklich?

Doch bleiben wir bei den „Überläufern“. Sie sind guten Willens, aufrichtig, sicher auch eine Bereicherung für DIE LINKE. Doch eigentlich ist die Partei, die sie aufnimmt, eine Trittbrettfahrerin, die von den Fehlern einer anderen Partei profitiert. Dagegen ist nichts einzuwenden. Doch scheint, dass DIE LINKE keine andere Quelle für neue Mitglieder hat. Das wird nicht reichen für die Durchsetzung der 100 Punkte ihrer Bundestagsfraktion.

Erinnern wir uns der Tradition der alten SPD, der erfolgreichsten Partei Europas vor dem I. Weltkrieg. Sie konnte keine Enttäuschungen anderer Parteien aufnehmen. Ihre Mitglieder kamen aus der Arbeiterklasse. Man nannte sie damals so und schämte sich nicht dafür. Warum tut man das heute?

Weil eine allgewaltige Medienlandschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern spricht, von Verbrauchern und Konsumenten, von Steuerzahlern und Nutzern des sozialen Netzes, von Leistungsträgern und solchen, die es sich gemütlich im Sozialstaat einrichten – deshalb sind klare Worte verpönt, unzeitgemäß – wie die allgewaltige Medienschelke klare Worte bezeichnet.

Doch das ist ein Rauchvorhang, der mit Worten bemäntelt, was unverändert seit Kaisers Zeiten besteht: **die, da oben** und **die, da unten**. Und „die, da oben“

haben damals wie heute das gleiche Bestreben: Wie kommt dein Geld in meine Tasche? Dieses Ziel gilt dort für jeden. Man will auch das Geld von seinesgleichen, vom Konkurrenten – nur, das ist nicht so leicht. Der ist mächtig, kann sich wehren wie man selbst. Wo geht es leichter?

Von „denen, da unten“ ist das Geld zu holen. Den Staat hat man schon lange

DIE LINKE.

in der Tasche. Gesetze begründen wie Hartz IV ist intellektuelles Geschick, daran mangelt es nicht. Wenn man nur das Volk in Dummheit halten und von seinen wahren Problemen ablenken kann, ist der Angriff auf die Armen von Erfolg gekrönt. Nicht auf die Armen, bleiben wir korrekt, der Angriff richtet sich auf ihr Geld – was sie schon haben und was sie sich erarbeiten könnten – könnten, aber nicht erhalten. Und aus diesen Armen formen sich heute Protestbewegungen, Montagsdemonstranten und Netzwerke der verschiedensten Art.

Die Ausgebeuteten, die Unterdrückten – das war die Klientel, aus dem die Mitglieder der alten SPD kamen – wohlgemerkt, der SPD von August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Warum sucht DIE LINKE keinen Schulterchluss mit den Ausgebeuteten von heute, unterstützt nicht die „Massenbewegungen“ von heute? Warum kommen neue Mitglieder für DIE LINKE nicht von dort?

Wenn sich DIE LINKE doch nur dieser Tradition erinnern und danach handeln könnte! Dann wäre mir nicht bange um „die Sache“ und ihren Erfolg!

„Leistungsträger“: Ein neuer Kampfbegriff

Von Holdger Platta

Eine neue Propagandavokabel der Neoliberalen macht sich in den öffentlichen Debatten breit – und hat sich fast schon durchgesetzt: „Leistungsträger“ nennen sich die Reichen und die Superreichen, die Mächtigen und Pfründeninhaber, seit kurzem mit besonderer Vorliebe. Eine einzige Unverschämtheit! Dieser Begriff suggeriert – und das soll er ja auch –, daß alle anderen in diesem Lande nur noch Faulpelze oder Nichtskönner sind. Die Wahrheit ist aber:

Zum Erfolg eines Unternehmens tragen immer noch alle mit bei – die arbeitenden Menschen „ganz unten“ auf jeden Fall und vielleicht auch hin und wieder die Spitzen „ganz oben“. Gleiches gilt für die gesamte Wirtschaft, gilt für den gesamten Staat. Punkt eins. Und Punkt zwei:

Was die Oberen leisten, ist oft nur die Frechheit, daß sie sich vieles leisten: Massenentlassungen, Firmen an die Wand fahren oder ins Ausland verlegen, Steuern hinterziehen oder Schmiergelder zahlen – und eben Unverschämtheiten wie den Begriff „Leistungsträger“, eine anmaßende Selbstbehauptungsvokabel, die vor Eigenlob zum Himmel stinkt. Und des weiteren: was die Oberen leisten, ist oft nur der arrogante Snobismus, sich – dank gefüllter Portemonnaies – allzu vieles leisten zu können: von der Luxusjacht über Lustreisen bis zur überflüssigen Vielfliegerei, die unsere Umwelt versaut und von uns Steuerzahlern und Konsumenten auch noch bezahlt wird – allzu bereitwillig oft und kritiklos. Kurz:

Wer weiß, was Begriffe „leisten“ können, weiß auch, was dieser Begriff „Leistungsträger“ leisten soll: ideologierend und beschönigend und verfälschend das Bewußtsein der Öffentlichkeit manipulieren – im Interesse der Herrschenden. Und übrigens: bis weit in die großen Massenmedien hinein.

Antonio Gramsci, der große italienische Marxist, sprach in diesem Zusammen-

hang einmal von der „Hegemonie in den Köpfen“ - von der Vorherrschaft, die man durch solche Sprachtricks auch über das Denken der Menschen erringt. Ausschließlich zu dem Zweck, die eigene – auch ganz reale – Vorherrschaft sicherzustellen. Das bedeutet: Wenn



nunmehr ein Begriff wie „Leistungsträger“ zunehmend in der Öffentlichkeit durchgepaukt wird, dann ist das mehr als nur Durchsetzung eines Begriffs. Das ist auch Kampf um Absicherung weiterer politisch-wirtschaftlicher Vorherrschaft. Und: das ist auch reinste Verdummungsstrategie. Aus Privilegien und Vorherrschaft macht dieses Verblödungswort Leistung und Last.

nannter „Eliten“, nicht Herrschaft verblödender Ideologien. „Leistungsträger“, dieser Begriff ist nichts anderes als Frontalangriff auf unsere Interessen und auf unsere Intelligenz. Wer Demokrat ist, sollte sich also derartigen Verblödungsbegriffen mit Energie

und Konsequenz in den Weg stellen: im Namen der Demokratie!

Und abschließend aufgespießt: Neuerdings bedienen sich die sogenannten „Leistungsträger“ – die Mächtigen und Superreichen – noch eines zusätzlichen Tricks. Sie gemeinden in ihren Begriff von „Leistungsträgerschaft“ (sofern es ihnen in den Kram paßt) durchaus auch



Dieser Verdummungsstrategie sollten wir unseren Wissensstand und unseren Kampf entgegensetzen. Unter anderem durch Analyse und Aufklärung darüber – wie hoffentlich hier: in diesem Beitrag. Sonst droht, was schon Immanuel Kant, der Königsberger Philosoph der Aufklärung aus dem 18. Jahrhundert, als Folge solcher Nichtaufklärung konstatiert hat: Fortbestand der Unmündigkeit.

Diese Unmündigkeit aber darf es nicht geben in einem Land, das sich immer noch „Demokratie“ nennt. Schon Bertolt Brecht stellte vor Jahrzehnten fest: „Demokratie, das ist Herrschaft der Argumente!“ Nicht Herrschaft soge-

noch andere Bevölkerungskreise mit ein – die FDP vor allem die Angehörigen des „Mittelstands“. Der Begriff der „Leistungsträger“ soll dadurch dem Begriff der „Leistungsbezieher“ gegenübergestellt werden. Und dadurch alle arbeitenden Menschen aufgehetzt werden gegen die Arbeitslosen und alle sonstigen angeblich „lästigen“, „überflüssigen“, „parasitären“, „Kostgänger“ des Staates: gegen ALG-II-BezieherInnen also, gegen Niedriglöhner, Aufstocker, Rentner, Kranke und so weiter. Ein Hassverhältnis soll aufgebaut werden gegen alle, die auf Sozialstaat

(Fortsetzung auf Seite 5)

„Leistungsträger“: ...

(Fortsetzung von Seite 4)

und Hilfe angewiesen sind, Hass im Kern gegen die kärglich verbliebenen Reste unseres Sozialstaates selbst. Heißt: So harmlos der Begriff der „Leistungsträger“ zunächst daherzukommen scheint, schlimmstenfalls also den Eindruck peinlicher Eitelkeit erweckt, dieser Begriff der „Leistungsträger“ richtet sich in seiner letzten Konsequenz gegen unsere Demokratie schlechthin.

Kein Wunder daher, daß der Bundesvorsitzende des RCDS allen Ernstes vorgeschlagen hat - keine vier Wochen ist das her, bei Anne Will vor einem Millionenpublikum -, daß „Leistungsbezieher“ nur noch ein halbes Wahlrecht zustehen solle, den „Leistungsträgern“ aber ein doppeltes! - Damit wären wir wo gelandet?

Richtig: in den Zeiten vor der Demokratie, im Kaiserreich von Wilhelm zwo. Denn da gab es schon einmal ein derartiges Mehrklassenwahlrecht und ergo derartiges Unrecht. Und wo sind eigentlich unsere Massenmedien gelandet, hier die ARD, wenn sie solchen Figuren der bundesdeutschen Jungchristen sogar noch eine öffentliche Plattform für deren verfassungsfeindlichen Unfug zur Verfügung stellen?

Ganz sicher nicht in einer „Leistungsgesellschaft“, sondern in einer Gesellschaft des reaktionär-intellektuellen Niedergangs! - Aber, bitteschön, auch damit „leistet“ man ja was und „leistet“ man sich was: die Abschaffung demokratischen Denkens schlechthin. Und das ist ja auch „Leistung“! Es sei freilich hinzugefügt: „Leistung“, die sich miserabler ein Demokrat in puncto Debatte über Demokratie überhaupt nicht vorstellen kann. Nämlich das Ende des demokratischen Denkens. Und als Langfristfolge daraus: das Ende der Demokratie selbst...

... wenn wir uns nicht wehren!!! Ich denke, wir werden es tun, wir tun es bereits, und: wir werden nicht alleine bleiben bei diesem Kampf! Denn die wahren Leistungsträger unserer Gesellschaft, die rackerten sich immer schon unten in unserer Gesellschaft ab und die finden sich längst schon in unseren Reihen. Oben hingegen laufen oft nur noch Imitate von „Leistungsträgern“ herum: Hohlköpfe, bei denen die Gehirne leer sind und nur die Bankkonten noch voll.

SPD, wohin führt dein Weg?

Von Birgit Kühn

Unser Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.“ möchte Dr. Andreas Steiner solidarisch zur Seite stehen. Ich kenne Dr. Andreas Steiner schon sehr lange. Deshalb weiß ich, dass er sich die Entscheidung, aus der SPD auszutreten, nicht leicht gemacht hat.

Immer wieder sprach er, kompetent und kritisch, die Missstände innerhalb seiner Partei an. Aber Parteifunktionäre wollten ihm stets einen Maulkorb verpassen. Dr. Andreas Steiner vertrat immer, wie im Namen seiner Partei verankert, einen sozialdemokratischen Standpunkt. Das passte Einigen in seiner Partei nicht.

Unser Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.“ führte einige Aktionen gemeinsam mit Herrn Steiner durch. Bei einer Mahnwache vor dem Amt zur Grundsicherung in Angermünde bewies er als SPD-Mitglied sehr viel Mut. Seine Partei sah das gar nicht gern.

Jetzt hat er sich entschlossen, die Partei

zu verlassen. Er konnte sich nicht damit abfinden, dass der Sozialstaat immer weiter abgebaut wird und die Privatisierung fortschreitet. Dr. Andreas Steiner wird aber trotzdem weiter seinen politischen Weg gehen, denn er will zu den nächsten Kommunalwahlen kandidieren.

Dr. Andreas Steiner engagiert sich nicht nur im sozialen Bereich. Er steht auch für Umweltschutz. Er kämpft um jeden Baum. Außerdem ist er Mitglied in der Gewerkschaft ver.di. Solche Leute braucht das Land.

Seit Agenda 2010 und Hartz IV verliert die SPD immer mehr Mitglieder. Aber die Parteispitze hält an ihrem Konzept fest und somit verliert sie immer mehr an Vertrauen der Bürger. Bleibt also nur noch die Frage offen: Was wird aus der SPD, wenn immer mehr ihrer besten Genossen ihr den Rücken kehren?

Wir vom Verein BgS wünschen Dr. Andreas Steiner viel Kraft und freuen uns auch weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Linke Hülse ohne Mobilisierungsmöglichkeit.

Von Herbert Häußner

Auch ich - seit nahezu zwei Jahren Wossi in MV (Zuzug Juni 2006) - hoffte auf die Mobilisierungsmöglichkeit der LINKEN hier. Leider eine Illusion.

Es gibt kaum Mitglieder/innen, die bereit und in der Lage sind, aktiv zu handeln. Ich brauchte eineinhalb Jahre, um zu erkennen: das wird nichts mehr. Gehandelt wird hier nur, was zuvor in Schwerin als Richtlinie festgelegt wurde. Auf Versammlungen von Aktiven und der BO-Vorsitzenden erfolgt die politische Bildung. Auf Orts- oder Gemeindeebene zu arbeiten, ist hier unüblich. Wenn ich nicht darauf gedrängt hätte, hätte es in eineinhalb Jahren nie eine Versammlung auf BO-Ebene (Amt Crivitz) gegeben (eine BO, Basisorganisation, entspricht dem Ortsverein bei anderen Parteien).

Dies sind leider die Realitäten - inso-

fern ist die LINKE modern; sie ist schon postdemokratisch organisiert, sie organisiert sich nach ihren Sprachrohren, Aktivitäten sind bei der Alters- und Mitgliederstruktur nicht weiter möglich. Der Arbeitgeberverband ist da noch demokratischer.

Klar liest sich der publizierte Inhalt ganz gut - nur umsetzen kann, will und wird dies niemand. Dabei ist die Mitgliederzahl gegenüber anderen Parteien noch relativ hoch. Meine Frau und ich sind im November nach einer Einheitswahl - nur soviel Kandidaten/innen wie Ämter - ausgetreten.

Nett sind bestimmt alle - nur politisch eben nur auf dem Papier, und irgendwie hat dann der Artikel Recht: Das genügt nicht, wenn man Veränderung anstrebt. Eins ist jedenfalls sicher: Mit der LINKEN kann und wird es keinerlei Fortschritt im Sinne des Abbaus von Hartz IV geben.

Sofort geht natürlich gar nichts ... (5)

Interview mit dem Verfasser der „Linken Gesellschaftsalternative“

In Briefen und Anfragen unserer Leser häufen sich verschiedene und gleiche Fragen. Deshalb möchte ich stellvertretend die Fragen stellen. Heute wenden wir uns dem Finanzmarkt zu. Fasse ich zusammen, wollen Sie ihn austrocknen. Richtig?



K.B.: nicht ganz. Aber seine übermäßige Bedeutung muss beschnitten werden. Auch, wenn ich mir jetzt manche Irritationen einfange: Hier fühle ich wie Lafontaine. Ich glaube, der wollte das auch, als er damals hinschmiss. Er tat es, weil er keine Chance sah.

Da ziehen Sie aber große Schube an.

Wer davor scheut, braucht mit Nachdenken über gesellschaftliche Perspektiven gar nicht anfangen. Doch wer sich mit kleinen Gedanken begnügt, weil ihm für große der Mut fehlt, darf sich nicht wundern, wenn er über kleine Ergebnisse nicht hinauskommt.

Sie sind verärgert über einige Einwände?

Nein, traurig.

Kommen wir zum Finanzmarkt zurück. Warum wollen Sie ihn beschneiden?

In den letzten Jahrzehnten sind Wachstum des Geldes und Wachstum der Produkte weit auseinander gelaufen. Es gibt viel mehr Geld, als ihm Produkte entsprechen. Der Bürger merkt es am Teurerwerden der Waren, der Unternehmer an der veränderten Form des Konkurrenzkampfes. Mit Geld kann man „Marketing-Offensiven“ finanzieren, welche schlechtere Produkte dem „Konsumenten“ als die besten nahebringen. Man kann Geld auch dazu nutzen, den im Produkt besten Anbieter zu kaufen und dann vom Markt verschwinden zu lassen. Früher wurde der Konkurrenzkampf über Qualität und Preis für den

Kunden geführt. Das scheint heute nur noch so. Lesen Sie beliebige Wirtschaftszeitungen. Die Berichterstattung über Firmen lesen sich wie Kriegsberichte. Die Waffe dieses Krieges ist das Geld und die Spekulation. Das muss auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.

Wie soll das geschehen?

Spekulation konnte früher nicht besteuert werden. Heute geht das mit Computertechnik. Also soll der Spekulant sofort mit dem Entstehen des Gewinns seine Steuer zahlen wie der Arbeitnehmer bei Erhalt seines Lohnes, automatisch wie bei jenem. Dann wird sich herausstellen, dass sich manche Spekulation nicht mehr lohnt.

Welche?

Das wird der Markt ganz allein entscheiden.

Jetzt reden Sie wie ein Neoliberaler?

Wollen wir die Gesellschaft verändern, brauchen wir alle Menschen, die in ihr leben. Berührungängste hemmen nur. Ich sprach schon einmal von Preußen und seiner „verkannten Revolution“ zwischen 1807 und 1813. Die beiden Freiherren Stein und Hardenberg hatten keine Berührungängste, weder zu den Bauern, noch zu den Junkern. Und ihr Werk gelang. Friedlich und ohne Blut.



Aber der preußische König berief sie ab?

Da war ihr Werk getan und zeigte schon Wirkung. Und politisch dumme Monarchen waren so selten nicht in der Geschichte. Doch diese Beiden waren sich dieser Möglichkeit bewusst und ertrugen es. Das kann natürlich heute auch so laufen – Undank ist der Welt Lohn. Wer die Gesellschaft verändern will, muss mit persönlichen Konsequenzen auch dieser Art leben. Ruhmsucht taugt nicht als Motiv zur Veränderung.

Wir sind schon wieder weg vom Finanzmarkt. Was soll der Spekulant abführen?

Von jedem Gewinn beim Entstehen automatisch 20 % Gewinnsteuer, 10 % Sozialbeitrag. Damit wird er gleichberechtigter und bleibt nicht mehr bevorzugter Bürger. Jetzt zahlt er doch fast nichts und das wenige am Jahresende.



Das müsste aber international eingeführt werden. Das ist doch unmöglich?

Wer sagt, dass ein Land nicht damit beginnen könnte? Deutschland ist nicht so klein, solches nicht beginnen zu können. Als Nächstes müsste die EU zu solchen Gesetzen kommen. Deutschland hat als Wirtschaftsmacht, als bevölkerungsreichstes Land in der EU das größte Gewicht. Soll doch die deutsche Regierung dies Gewicht auch einmal einsetzen zum Wohle aller Bürger, der deutschen, der europäischen, der reichen wie der armen Bürger! Denn: Dass ein Sozialstaat langfristig auch „der Wirtschaft“ nutzt, kann beim Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwege nachgelesen werden – aber nicht nur bei ihm.

Linke werden Sie angreifen. Sie wollen den Kapitalismus besser machen, man muss ihn aber abschaffen, wird man Ihnen vorhalten. Sie nennen Ihren Text „Linke Gesellschaftsalternative“. Fürchten Sie nicht den Vorwurf: Verrat an linken Ideen?

Was ist „links“? Was ist heute „Sozialismus“ oder andere „-ismen“? Das wäre ein völlig anderes Thema.

Zu dem uns Ihre Problematik führte. Wenden wir uns dem beim nächsten Mal zu!

Wäre mir nicht recht. Beenden wir erst noch, welche Vorteile für die Betriebe herauskämen, spielte das Thema Finanzmarkt nicht mehr diese Rolle. Dann stehe ich zur Verfügung.

Halten wir es so.

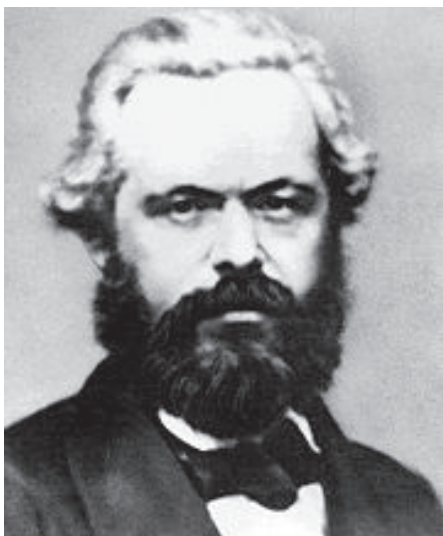
Marx ist nicht gestorben (7)

Von Rainer Thiel

Wir hatten gesehen: Marx spricht nicht nur davon, die Armut zu überwinden. Marx erkannte auch, dass die Armut in überraschendsten Formen auftritt. Er hatte die ganze menschliche Geschichte analysiert. Er war im Einklang mit anderen Philosophen und mit Dichtern, die über Menschlichkeit nachgedacht haben. So hat Marx - überraschend für Professoren, für Wirtschaftler und Politiker - neue Begriffe von Armut und Reichtum gewonnen. Danach kann ein Milliardär bitter arm sein. Er kann bitter arm sein, weil er menschlich eine Null ist, gerade mal durchs Abitur gekommen, aber ein Rambo, der auf Mitmenschen pfeift und nur fragt: Was rechnet sich für mich? Demgegenüber hat der Arme die Anlagen, reich zu werden, wenn es gelingt, ohne allzu viele Konsumgüter Bildung zu erwerben und andere Menschen als Mitmenschen zu erkennen. In diesem Sinne schreibt Marx:

Es zeigt sich, „inwieweit das *Bedürfnis* des Menschen zum *menschlichen* Bedürfnis, inwieweit ihm also der *andre* Mensch als Mensch zum Bedürfnis geworden ist, inwieweit er in seinem individuellsten Dasein zugleich Gemeinwesen ist.“ (MEW 40 Seite 535) Der jeweils andere Mensch ist der „größte Reichtum“ des Menschen. (MEW 40.544) Das deckt sich mit christlichen Optionen auf Nächstenliebe.

Ein Kollege vom Rhein - christlich orientiert, engagiert in ehrenamtlicher, ge-



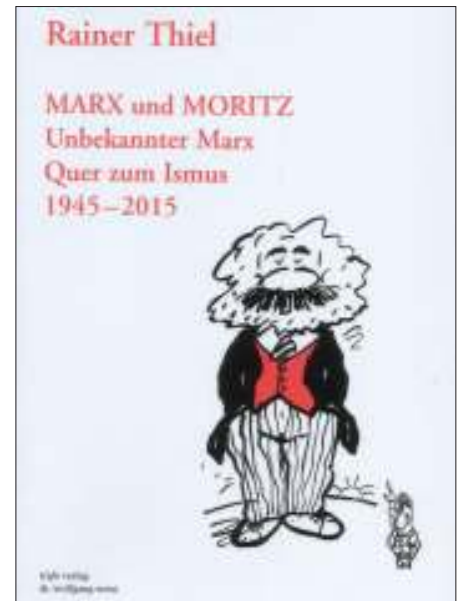
Karl Marx

meinnütziger Arbeit wie auch ich und meine Freunde - hatte zu meiner Frau und mir gesagt: „Sie beide sind tief religiös.“ Da habe ich geantwortet: „Ich verstehe Sie. Ich würde es nur anders ausdrücken, mit einem Wort von Marx: Das Wesen des Menschen ist „das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (MEW 3 Seite 6 und Seite 534), und dessen bin ich mir bewusst.

Marx weiß, wie es oft bestellt ist um das Verhältnis von Frau und Mann. Er schreibt die bitteren Worte: „In dem Verhältnis zum Weib, als dem *Raub* und der Magd der gemeinschaftlichen Wollust, ist die menschliche Degradation ausgesprochen, in welcher der Mensch für sich selbst existiert...“ Dabei meint Marx mit „Mensch für sich selbst“ das egoistische Individuum der bürgerlichen Ideologie, des Liberalismus, der Mensch reduziert auf Ich, Ich, Ich. Wem aber der *andre* Mensch zum Bedürfnis geworden ist, der ist „in seinem individuellsten Dasein zugleich Gemeinwesen“. (MEW 40 Seite 535) Das geht noch über das proletarische Ideal der Solidarität hinaus: Wir Menschen dieser Erde haben als Individuen von Natur aus die Anlage, ein menschliches, demokratisches *Gemeinwesen* auf dieser Erde zu schaffen.

Es gab das schöne Wort „Vom Ich zum Wir“. Das wurde oft missverstanden, als wäre das *Ich* auszulöschen, und dem Bürger wurde gesagt: Du musst, du musst, du musst. Als wäre der Bürger nicht fähig zu lernen, was für die Gemeinschaft gut ist und damit für sich selbst. Zum Lernen gehört das Anregen zum Denken, das Überzeugen. Mit bumbubum ist das nicht zu machen, das wird vom Bürger abgelehnt, es führt zum Untertanen-Sein und nicht zum Reichtum der Persönlichkeit, der die Vision von Karl Marx ist. Davon wurde berichtet in unserer vorigen Ausgabe. Marx hat den „rohen Kommunismus“ verworfen und gezeigt: Der rohe Kommunismus ist im Verhältnis zur liberalistischen Ideologie nicht nur deren Gegensatz, sondern zugleich auch deren Ebenbild. Ein alter Dialektiker nannte das „Übereinstimmung der Gegensätze“ (coincidentia oppositorum), man könnte auch sagen „Das eine passt aufs andre wie die Faust aufs Auge“. Der rohe Kommunismus hat nichts am Hut mit Individualität, der Liberalismus

auch nicht, er sagt nur „Hast du was, dann bist du was“, sieh zu, wie du zu Geld kommst, sei nicht zimperlich, deine Vorbilder sind Millionäre wie Wiedeking und Mehdorn und wie sie alle heißen. Und wenn Du Lust hast, amüsiere Dich am Bildschirm und kauf dir Zeug, auch wenn du es nicht brauchst.



Sechzig Jahre bevor Marx über Armut und Reichtum zu schreiben begann, verkündete Schiller seine Vision „Alle Menschen werden Brüder...“ Ein weiter Weg! In der DDR hörten zunehmend mehr Menschen diese Botschaft, mit der Musik von Beethoven, die das Fernsehprogramm der Silvesternacht bestimmte. Absolventen der Arbeiter- und Bauernfakultäten, die von ganz unten kamen, begannen Beethoven zu hören. Später hörte ich auf dem Markt einer Kleinstadt Bayerns den Priester zur Gemeinde sagen: „Glaubt nicht, dass wir Deutsche besser sind als unsre schwarzen Brüder in Afrika. Wir alle sind Kinder Gottes.“ Man kann das auch anders ausdrücken, eine große Vision lässt viele Varianten zu. Marx würde sagen: Die Wirtschaft ist nicht alles. Sie muss darauf beschnitten werden, höchstens noch Mittel zum Zweck zu sein, die Anlagen aller Menschen zu entfalten. Geld in die Bildung aller Menschen investieren! Damit jeder Mensch seine angeborenen Fähigkeiten entwickeln kann! So werden wir alle reich als Menschen. Die globale Verschiebung von Milliarden mittels Börse und Internet muss gestoppt werden. „Eigentum verpflichtet“, heißt es im Grundgesetz Artikel 14. Und wer sich nicht daran hält, kann nach Artikel 15 enteignet werden. Rufen wir laut und lauter: „Artikel 14 und 15“.

Geplante Veränderungen zum 01.07.2008

Zusammengestellt von Birgit Kühn

Die Bundesregierung plant eine Rentenerhöhung um 1,1 Prozent. Der sogenannte Rister-Faktor soll für zwei Jahre ausgesetzt werden. Dadurch wurde die Rentenerhöhung seit 2001 um 0,6 Prozent vermindert. Mit einem Rister-Faktor wäre die Rente nur auf 0,5 Prozent erhöht worden.

Der Regelsatz für ALG II soll erhöht werden. Alleinstehende oder Alleinerziehende sollen ab dem 1. Juli 2008 351



Quelle: *
(Plakat kann bei uns per Mail angefordert werden)

Euro im Monat erhalten. Bedarfsgemeinschaften werden wieder bei diesen geplanten Veränderungen bestraft. Diese sollen pro Person 316 Euro im Monat erhalten. Mit dem Beginn den 15 Lebensjahren soll der Regelsatz in

Höhe von 281 Euro ausfallen. Kinder unter 14 Jahre sollen 211 Euro erhalten.

Auch der Mehrbedarf soll sich ab dem 1. Juli 2008 ändern. Schwangere nach der 12. Schwangerschaftswoche sollen 60 Euro erhalten. Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 Jahren oder mit 3 oder 3 Kindern unter 16 Jahren erhalten 126 Euro. Alleinerziehende, die mit minderjährigen Kindern zusammen leben, erhalten pro Kind 12 Prozent, das entspricht 42 Euro. Für diese Personengruppe beträgt die maximale Auszahlung 60 Prozent.

Erwerbsfähige Behinderte, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie sonstige Hilfen zur Eingliederung ins Arbeitsleben oder Hilfe zur Ausbildung beziehen, erhalten 123 Euro. Nichterwerbsfähige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft, die einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkmal G haben (§28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 SGB II), bekommen 60 Euro. Für die Kostenaufwändige Ernährung wird der Betrag gestaffelt ausgezahlt. Er beträgt von 26,56 bis 66,47 Euro.

Weitere Veränderungen bei SGB II Einstiegsgeld (§ 16 b SGB II)

Bei Aufnahme einer selbständigen hauptberuflichen Tätigkeit oder einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung kann ein Einstiegsgeld gezahlt werden, wenn begründete Anhaltspunkte vorliegen, dass die Hilfebedürftigkeit aufgrund des zu berücksichtigten Einkommens künftig beendet werden kann und wenn dies zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich ist.

Das Einstiegsgeld kann auch gezahlt werden, wenn die Hilfebedürftigkeit durch oder nach der Aufnahme entfällt. Bei einer Erwerbstätigkeit wird das Einstiegsgeld höchstens 24 Monate gezahlt. Bei der Höhe des Einstiegsgeldes sollen die vorherige Dauer der Arbeitslosigkeit sowie die Größe der Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt werden

Begleitende Hilfen für Selbstständige (§16 c SGB II)

Für erwerbsfähige Hilfebedürftigen die eine selbständige Tätigkeit ausüben oder aufnehmen, können Darlehen und Zuschüsse für die Beschaffung von Sachgütern, die für die Ausübung der selbständigen Arbeit angemessen und notwendig sind, erhalten, wenn die Hilfebedürftigkeit durch diese selbständige Tätigkeit innerhalb eines angemessenen Zeitraums dauerhaft verringert oder überwunden wird.

Erprobung innovativer Ansätze (§ 16 f SGB II)

Die Agenturen für Arbeit können bis zu zwei Prozent nach § 46 Abs. 2 Eingliederungsmittel einsetzen, um innovative Ansätze zu erproben. Diese Maßnahmen dürfen nur gruppenbezogen (keine Einzelförderung) durchgeführt werden. Sie dürfen nicht länger als zwei Jahre dauern.

Abschaffung der Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (§ 16 d SGB II)

Die ABM – Stellen im Rechtskreis SGB II sollen gestrichen werden. Zusatzjobs, Entgeltvarianten und Arbeitsgelegenheiten sollen bestehen bleiben.

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha, gotha@offenesbuendnis.de
Birgit Kühn (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt), Rainer Thiel (Storkow),
Uwe Birkner (Görlitz)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>

zur Verfügung.



Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt: kontakt@artikel-eins.com
Druck: Selbstdruck
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
27.06.2008